



18. Wahlperiode

Drucksache 18/5641

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Chance zum Neuanfang beim Universitätsklinikum Gießen-Marburg nutzen – bestmögliche Patientenversorgung und einen international erfolgreichen Wissenschaftsstandort aufbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) geeignet ist, ein national und international anerkannter Standort für Forschung und Lehre zu sein und gleichzeitig eine regionale Patientenversorgung bester Qualität anzubieten.
2. Der Landtag bedauert, dass es der Landesregierung seit dem umstrittenen Verkauf des Universitätsklinikums an die Rhön Klinikum AG nicht gelungen ist, die Interessen des Unternehmens mit den Anforderungen von Forschung und Lehre sowie mit denen einer regionalen Krankenversorgung dauerhaft in Einklang zu bringen.
3. Die Landesregierung ist aufgefordert, von den auf ihren 5%-Besitzanteil begründeten Informations- und Einsichtsrechten in die Geschäftsunterlagen Gebrauch zu machen, um u.a. die Wirtschaftlichkeit und Vertragstreue der Rhön Klinikum AG im UKGM einer Bestandsaufnahme zu unterziehen.
4. Der Landtag stellt fest, dass eine Übernahme der Rhön Klinikum AG durch Fresenius vertraglich für das Land die Option eröffnet, das Universitätsklinikum wieder in Landesbesitz zu überführen oder einen anderen Träger zu benennen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in dieser Situation keine voreiligen Entscheidungen zu treffen, sondern für weitgehende Transparenz zu sorgen und die Beteiligten in den Diskussionsprozess über die Zukunft des Universitätsklinikums einzubeziehen. In diesem Rahmen fordert der Landtag die Landesregierung auf, auch die Möglichkeit des Rückkaufs des Universitätsklinikums ernsthaft zu prüfen. Dazu gehören u.a. folgende Fragenkomplexe:
 - Welche Trägerschaft hat welche Vor- und Nachteile für Wissenschaft und Forschung sowie für die Patientenversorgung? Dabei sind insbesondere das Kooperationsmodell (rechtliche Trennung von Wissenschaft und Patientenversorgung) und das Integrationsmodell (rechtliche Einheit wie bei der Universitätsklinik Mainz, Charité, etc.) zu prüfen.
 - Welche Kosten würden für das Land durch einen Rückkauf entstehen (Eigenkapital, aktueller Verkaufswert, weiterer Investitionsbedarf, weitere

Kosten)? Welche Finanzierungsmodelle sind möglich? Was wäre es gegebenenfalls einem neuen privaten Besitzer der Rhön Klinikum AG wert, das Universitätsklinikum nicht zu übernehmen?

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, von potentiellen privaten Interessenten die Vorlage eines Geschäftsplans zu verlangen, wie diese beabsichtigen, das UKGM wirtschaftlich und sowohl im Sinne der Patienten als auch im Interesse von Forschung und Lehre zu führen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Gesamt-Konzept für das Universitätsklinikum Gießen-Marburg zu erstellen. Dieses Gesamt-Konzept umfasst alle zur Zeit möglichen Optionen der Trägerschaft (Rückkauf durch das Land, Übergabe an gemeinnützige Trägerschaft, Übernahme durch privaten Träger) und beleuchtet die jeweiligen Vor- und Nachteile für das Land, für die Universitäten mit Forschung und Lehre bzw. Patientenversorgung.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag das Gesamt-Konzept vorzustellen und einen Beschluss über die Zukunft des Universitätsklinikums herbeizuführen.

Wiesbaden, den 8. Mai 2012

**Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir**